



Sitzung vom 17. März 2020

BESCHLUSS NR. 95 / V4.04.71

Postulat 571/2020

Keine bürokratischen Hindernisse für Freiwilligenarbeit

Balthasar Thalmann

Erste Stellungnahme

Ausgangslage

Am 10. Februar 2020 reichte das Ratsmitglied Balthasar Thalmann bei der Präsidentin des Gemeinderates das Postulat Nr. 571/2020 betreffend «Keine bürokratischen Hindernisse für Freiwilligenarbeit» ein.

An seiner Sitzung vom 3. März 2020 nahm der Stadtrat Kenntnis vom Eingang dieses parlamentarischen Vorstosses und überwies ihn an die Abteilung Präsidiales zur Prüfung und ersten Stellungnahme. Die Abteilungen Sicherheit, Gesundheit und Bau wurden zum Mitbericht eingeladen.

Erste Stellungnahme

Freiwillige, die meist in Vereinen organisiert sind, erbringen in Uster einen unverzichtbaren Beitrag für das gesellschaftliche Leben. Sie sind eine zentrale Basis für das Milizsystem und Subsidiaritätsprinzip. Für die Stadt sind Ehrenamtliche und Vereine auch wichtige Erbringer von ausgelagerten, öffentlichen Leistungen. Deshalb hat die Stadt Uster ein grosses Interesse, das Engagement von Freiwilligen zu fördern. Zur Anerkennung ihres Engagements vergibt der Stadtrat denn auch jährlich den Engagementpreis. Darüber hinaus ermöglicht und fördert er das freiwillige Engagement mit der Erteilung von Bewilligungen, der Zurverfügungstellung von Infrastruktur, städtischen Dienstleistungen sowie Rabatten und Finanzierungsbeiträgen. Insgesamt beträgt diese Unterstützung 1.5 Mio Franken pro Jahr (Ausgaben und Einnahmeverzicht).

Am 26. Juni 2018 hat der Stadtrat mit Stadtratsbeschluss Nr. 214/2018 (einsehbar auf der Website der Stadt Uster) die Förderung der Vereine neu organisiert. Er hat eine zentrale Koordinationsstelle für die Vereinsunterstützung in der LG Kindheit, Jugend und Inklusion definiert und die zentrale Gesuchsbewirtschaftung eingeführt. Als letzter Schritt dieses Prozesses steht die Verabschiedung des Reglements zur Vereinsförderung an. Der Entwurf dazu wird an der nächsten Vereinskonzferenz mit den Vertreterinnen und Vertretern aus den Vereinen diskutiert. Anschliessend steht die Beschlussfassung durch Stadtrat und Gemeinderat an.

Im März 2017 führte der Kanton Zürich ein neues Gesuchsformular für Veranstaltungsbewilligungen ein. Ziel war es, die unterschiedlichen Bewilligungspraxen im Kanton zu vereinheitlichen sowie mit einem standardisierten Prozess und Checklisten sicherzustellen, dass sämtlichen Sicherheits- und Organisationsaspekten angemessen Rechnung getragen wird. Als städtische Bewilligungsbehörde für Veranstaltungen setzt die Stadtpolizei Uster (Verwaltungspolizei) das neue Bewilligungsformular seit April 2017 um. Nach dem Grundsatz «so wenig wie möglich, soviel wie nötig» kommen je nach Grösse einer Veranstaltung unterschiedlich lange Formulare zum Einsatz. Im Jahr 2018 konnten 1851 Bewilligungen auf der Basis des städtischen Kurzformulars gesprochen werden. Bei 191 oder 10% der Bewilligungen musste das kantonale Formular angewendet werden.

Obwohl die Verwaltungspolizei schon zahlreiche Vereinfachungen und Verbesserungen umsetzen konnte, wird das Bewilligungsverfahren offenbar von den Vereinen teilweise als demotivierend empfunden. Da der Stadtrat gerade in der Reduktion solcher «Demotivatoren» eine wirksame und sinnvolle Förderung der Freiwilligenarbeit sieht, unterstützt er die Absicht des Postulates. Er ist bereit und willens, sich im Spannungsfeld zwischen Sicherheit, Motivation und Einfachheit weiterhin für eine Lösung zu engagieren, welche die Freiwilligenarbeit entlastet. Insbesondere will er dabei



mit Bezug auf das strategische Handlungsfeld «Smart City: Uster schreitet digital voran» auch prüfen, ob der gesamte Behördenkontakt rund um eine Veranstaltung mit einer E-Gov-Lösung für alle Seiten effizienter und einfacher organisiert werden kann.

Der Stadtrat beschliesst:

1. Der Stadtrat ist bereit, das Postulat Nr. 571/2020 entgegenzunehmen und empfiehlt dem Gemeinderat die Überweisung des Postulats an den Stadtrat.
2. Die Stadtpräsidentin wird beauftragt, die Position des Stadtrats gegenüber dem Gemeinderat zu vertreten.
3. Mitteilung als Protokollauszug an
 - Gemeinderat
 - Stadtpräsidentin Barbara Thalmann
 - Stadtschreiber-Stv. Jörg Schweiter
 - Abteilungsleiter Präsidiales, Christian Zwinggi
 - Abteilungsleiter Sicherheit, Jörg Ganster
 - Abteilungsleiterin Gesundheit, Anita Bernhard
 - Abteilungsleiter Bau, Andreas Frei

öffentlich